

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANTRAG

6-4582/21-KT

für die öffentliche Sitzung

Kreistag

13.09.2021

Einreicher: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming

Betr.: Faire Mieten und weiterer Ausbau von seniorenrechtlichen Wohnungen

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wolle beschließen:

1. In Anbetracht der demografischen Entwicklung ist im Landkreis Teltow-Fläming dem Thema „Faire Mieten und weiterer Ausbau von seniorenrechtlichen Wohnungen“ eine noch größere Bedeutung einzuräumen.
2. Die Landrätin wird beauftragt, gemeinsam mit den Bürgermeister*innen sowie dem Amtsdirektor, konkrete Handlungsschwerpunkte aufzuzeigen, um das Thema „Faire Mieten und weiterer Ausbau von seniorenrechtlichen Wohnungen“ zu befördern. Eine gemeinsame Erklärung, dass der Landkreis sowie die Gemeinden und Städte in Teltow-Fläming das Gütesiegel „Mein Fair-Mieter“ unterstützen, ist zu prüfen.

Begründung:

Verschiedene Verbände warnen vor einer zunehmenden Wohnungsnot. Bundesweit fehlen 670.000 Wohneinheiten mit bezahlbarer Miete und Sozialwohnungen. „Im Alter droht Mietern eine doppelte Hürde“, so im Blickpunkt am 10. Juli 2021, „denn oft reicht die Rente nicht, um die Miete zu bezahlen.“ Bei Mieten wird vielerorts rausgeholt, was rauszuholen ist. Der Leiter des Pestel-Instituts, Matthias Günther, macht sich deshalb stark für die Schaffung des ersten bundesweiten Mieter*innen-Gütesiegels. „Mein Fair-Mieter“ ist ein Label, das nur Vermieter*innen bekommen, die konkrete Kriterien einhalten. Ziel ist eine im Alter noch für viele Menschen bezahlbare Miete. Das wären im Landkreis Teltow-Fläming beispielsweise in Blankenfelde-Mahlow 7,50 EUR, in Ludwigsfelde und Rangsdorf 7,00 EUR, in Jüterbog 6,00 EUR. Vor allem öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften unterstützen das Label, um ihren Mieter*innen zu zeigen, dass sie fair mit sozial kalkulierten Mieten arbeiten, bei gutem Standard und guter Wohnqualität.

Im Landkreis Teltow-Fläming, so der Leiter des Pestel-Instituts, ist von rund 6.000 Haushalten auszugehen, in denen Senior*innen wohnen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, aber nur rund 1.050 von ihnen leben heute in einer altersgerechten Wohnung. Es fehlen nach der Berechnung rund 4.950 solcher Wohnungen. Dieser Trend wird anhalten und bis 2035 eher noch ansteigen, weil dann das Babyboom-Jahrzehnt der 1960er-Jahre ins Rentenalter kommt. Dann wird es bereits 8.000 Haushalte geben, in denen Ältere mit eingeschränkter Mobilität leben.

Luckenwalde, den 16. August 2021

Monika Nestler, Felix Thier und Fraktion